



F r e i e H a n s e s t a d t B r e m e n

**Rede des
Präsidenten des Senats,
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte,
abgegeben vor dem Bundesrat
am 8. April 2022**



Rede von

Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 8. April 2022 vor dem Bundestag

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Präsident,

meine Damen und Herren,

über ein Ziel sind wir uns wahrscheinlich alle in diesem Hause einig: Die Menschen sollen ihren Lebensunterhalt möglichst selbst bestreiten können, sie sollen möglichst von ihrer eigenen Arbeit leben können und sie sollen möglichst nicht auf Hilfeleistungen des Staates angewiesen sein. Dafür brauchen wir eine starke Wirtschaft, die ausreichend Arbeitsplätze zur Verfügung stellt und dafür brauchen wir faire Arbeitsbedingungen und gute Löhne.

Für die Aushandlung der Löhne und Gehälter sind in Deutschland grundsätzlich die Tarifparteien zuständig, das will auch niemand in Frage stellen.

Aber in einem demokratischen und sozialen Rechtsstaat dürfen wir auch nicht einfach zusehen, wenn der Arbeitslohn eine bestimmte Grenze unterschreitet und damit zu einer Frage der Menschenwürde und des Respekts wird. Dann ist der Staat gefordert! Dann müssen wir eingreifen!

Meine Damen und Herren,

in Bremen haben wir deshalb bereits vor zehn Jahren als damals erstes Bundesland einen Landesmindestlohn eingeführt. Wir haben damit eine Vorreiterrolle auch für den Bund übernommen, der erst einige Jahre später einen Mindestlohn beschlossen hat und ihn jetzt zum 1. Oktober auf 12 Euro erhöhen will.



Rede von

Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 8. April 2022 vor dem Bundestag

12 Euro Mindestlohn, das heißt, dass ab Oktober rund acht Millionen Beschäftigte spürbar mehr Geld in der Tasche und damit mehr Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe haben werden. Allein im Land Bremen werden es mehr als 40.000 sein. In der deutlichen Mehrzahl übrigens Frauen, häufig alleinerziehend und mit Kindern. Auch deshalb sind 12 Euro Mindestlohn so wichtig! Wer heute Vollzeit für Mindestlohn arbeitet, verdient brutto rund € 1.700, ab dem 1. Oktober werden es rund € 2.100 sein. Das ist ein großer Schritt in die richtige Richtung.

Aber, das muss ich hier auch klar sagen: Der Mindestlohn ist – wie der Name schon sagt - eben nur ein **Mindest**-Lohn. Er ist ein Lohn, von dem man leben kann, aber kein Lohn von dem man gut leben kann.

Für gute Löhne brauchen wir vor allem gute Tarifverträge. Ausgehandelt auf Augenhöhe zwischen starken Gewerkschaften und verantwortlichen Arbeitgebern.

Insbesondere bei kleinen und mittelgroßen Unternehmen geht die Tarifbindung aber seit Jahren zurück. Das ist nicht nur für die Beschäftigten ein Problem, weil sie keine Tariflöhne bekommen. Das ist auch für die Unternehmen ein Problem, weil es dann keine fairen Wettbewerbsbedingungen mehr gibt. Mein Verständnis von sozialer Marktwirtschaft ist, dass Unternehmen über Qualität und Leistung konkurrieren – und nicht über Lohndumping.



Rede von

Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 8. April 2022 vor dem Bundestag

Meine Damen und Herren,

aus diesen Gründen darf der Staat nicht einfach zusehen, wenn es in immer weniger Betrieben einen Tarifvertrag gibt. Es ist daher gut und richtig, dass die Bundesregierung vorhat, ein Bundestariftreuegesetz auf den Weg zu bringen. Ziel ist es, dass öffentliche Aufträge nur noch an tarifgebundene Unternehmen vergeben werden dürfen. Dadurch soll das Tarifvertragssystem insgesamt stabilisiert werden. In etlichen Ländern gibt es ja schon entsprechende Regelungen, zumindest für bestimmte Branchen.

Kurzum: Ein höherer Mindestlohn und mehr Tarifbindung, das ist die Formel für mehr soziale Gerechtigkeit in der Arbeitswelt.

Vielen Dank!